

// NR. 3-2019 // ISSN 1615-5017



Aktiver Ruhestand

Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik
der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
(GEW) Landesverband Baden-Württemberg



www.gew-bw.de

süddeutscher
pädagogischer
verlag **spv.**
www.spv-s.de

- 3 Auf ein Wort
- 4 Mehr Demokratie wagen
- 5 Rechte älterer Menschen
- 6 Kurz notiert
- 8 Zum Tod von Otto Samenfink
- 9 Sabine Bode, Nachkriegskinder
- 10 Die neue Alters- und Alternskultur
- 12 Beihilfe bei Krankenhausaufenthalt und Reha-Behandlung
- 14 Widerstand
- 15 Klimawandel?

Impressum

Aktiver Ruhestand: Herausgegeben vom Fachbereich Seniorenpolitik der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Baden-Württemberg

Redaktion: Barbara Haas, Beatrix Boestel, Erwin Trunk.

Anschrift: Barbara Haas, Wolfsbergallee 59, 75177 Pforzheim, Tel. 07231 35 90 55, E-Mail: barbara.haas@gew-bw.de

Verlag: Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart, Tel. 0711 21030-70, verantwortlich für Anzeigen: Sabine Ebert, Tel. 0711 21030-771, sabine.ebert@spv-s.de

Gestaltung: Tomasz Mikusz, Süddeutscher Pädagogischer Verlag (SPV), Silcherstraße 7a, 70176 Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12–14, 73230 Kirchheim unter Teck

Herausgeber und Redaktion übernehmen keine rechtliche Verantwortung für die Angaben und Empfehlungen in dieser Publikation. Diese Informationen erscheinen regelmäßig (eine Ausgabe im Quartal).

Preis des Einzelexemplars: 1 Euro zzgl. Porto. Der Bezugspreis ist mit dem Mitgliedsbeitrag zur GEW Baden-Württemberg abgegolten.

Die Redaktion dankt für alle Zuschriften. Leider können nicht alle abgedruckt werden. Sie sind aber jederzeit willkommen unter barbara.haas@gew-bw.de oder der Postadresse. AR

Titelfoto: Im Kurpark Bad Orb beim Maimeeting; Foto Wirsching

September 2019

Auf ein Wort



Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, uns geht es doch gut, oder?

Wir haben in aller Regel unser Auskommen. Die meisten von uns wohnen in bezahlbaren Mietwohnungen, in der eigenen Wohnung oder sogar dem eigenen Haus. Wir sind einigermaßen gesund und haben eine steigende Lebenserwartung. Wir haben eine gute Infrastruktur um uns. Die Bahn, das Auto oder das Flugzeug bringt uns in der Regel, wohin wir wollen. Uns bleibt viel Zeit für freiwillige Betätigung, für die Familie, Kinder und Enkel, den Garten und den Sport. Die Politiker und Politikerinnen bestärken uns darin, dass es uns so gut geht wie noch nie, und wir keinen Grund hätten, Verbesserungen für ältere Menschen einzufordern (außer in der Pflege), sondern uns eher mehr freiwillig bürgerschaftlich oder nachbarschaftlich engagieren sollten, um die wachsende alternde Gesellschaft zu unterstützen.

Trotzdem gab und gibt es in den letzten Jahren immer wieder Veröffentlichungen wie z.B. den 7. Altenbericht oder die Generali Altersstudie 2017, die uns deutlich belegen, dass es Gruppen gibt, in denen Altersarmut besteht, bzw. Bereiche, in denen ältere Menschen regional ungleich behandelt werden. Daher hat die Bundesregierung eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ eingesetzt und im Juli der Presse ihre Vorschläge zum Bericht der Kommission vorgestellt. Auf der Basis eines gemeinsamen Verständnisses gleichwertiger Lebensverhältnisse soll die Förderpolitik für Städte und Länder auf die Bedarfe vor Ort, auf unterschiedliche regionale Entwicklungen und den demografischen Wandel in Deutschland ausgerichtet werden. Es geht nicht nur um umfassende Stärkung strukturschwacher Regionen, sondern auch um die Stärkung von Dörfern und ländlichen Räumen, um Städtebauförderung, aber auch um die Stärkung von Engagement und Ehrenamt. Mit den Vorschlägen wollen die Verantwortlichen bis zum Ende der 19. Legislaturperiode und darüber hinaus effektive und sichtbare Schritte hin zu einer Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse erreichen.

Gleichzeitig arbeitet das Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung (ILS) Dortmund im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung an einem sozioökonomischen Disparitätenbericht „Ungleiches Deutschland“. Die Vorschau auf die Ergebnisse dieses Projektes (www.fes.de/ungleiches-deutschland/) zeigt sehr deutlich: Der Wohlstand in Deutschland ist regional höchst unterschiedlich verteilt, unterdurchschnittlich im Osten (vor allem ländlicher Bereich) und überdurchschnittlich im Süden und in den Großstädten, mit den bekannten Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen, z.B.: bei Gesundheit und Lebenserwartung, Bildung, Alters- und Kinderarmut, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben u.a.

Die Verteilung der Finanzen zwischen Bund und Ländern muss umgestaltet werden, um eine angemessene und der Region angepasste Verteilung von Lasten und Pflichten zu erreichen.

Es müssen endlich – und das wird in allen Berichten der letzten Jahre immer wieder betont – strukturschwache Kommunen aus dem Abseits geholt werden, indem die Staatsausgaben räumlich gerechter verteilt werden. Uns Ältere betrifft das vor allem im Wohnungsbau, im öffentlichen Nahverkehr, im Gesundheitssystem und der Pflege, unsere Nachkommen ganz deutlich in fehlenden Investitionen für Kitas und Schulen. Bleibt zu hoffen, dass die Vorschläge des Bundes effektiv umgesetzt werden.

Ungleichheit ist ein Nährboden für den Rechtspopulismus. In einer stets alternden Gesellschaft, in der es Gewinner/innen und Verlierer/innen gibt, wächst auf der Seite der Verlierer/innen leicht der Unmut. Dies führt oft nicht nur zu Politikverdrossenheit, sondern zur Verführbarkeit durch extremistische Einstellungen.

**Ungleichheit abbauen heißt Demokratie stärken!
Setzen wir uns dafür ein!**

Barbara Haas

Quellen: www.bmi.bund.de und www.fes.de/ungleiches-deutschland/

Mehr Demokratie wagen

Bürgerhaushalt, Beteiligungshaushalt, Bürgerbudget

Über 200 Kommunen in Deutschland beteiligen sich bereits an diesem Projekt. Die größte ist Hamburg mit 1.786.448 Einwohnern, die kleinste Stolzenhagen in Brandenburg mit 1776 Einwohnern. In Baden-Württemberg sind es aktuell 10 Gemeinden, die den Versuch wagen, auch in Haushaltsfragen mehr Bürgerbeteiligung zu verwirklichen. Die Vielfalt der Namen – Bürgerhaushalt, Beteiligungshaushalt, Bürgerbudget – deutet auf die Vielfalt der Verfahren. Es geht um die Frage, ob der gesamte Haushalt einer Kommune zur Diskussion steht oder nur Teile und wie die Beteiligung vonstattengehen soll – online oder vor Ort. Geht der Vorschlag an den Gemeinderat, der dann darüber entscheidet, oder beschließen Bürger/innen gar direkt.

Woher kommt die Idee?

Die Idee wurde 1989 in Porto Alegre, Brasilien, entwickelt mit dem Ziel durch Transparenz die Gemeindebudgets vor Korruption zu schützen. Inzwischen hat sich diese Idee weltweit verbreitet. In über 40 Ländern wird dieses Verfahren einer direkten Bürgerbeteiligung angewandt – ob in Tansania oder Frankreich, ob in USA oder eben hier bei uns in Deutschland.

Wie sieht die Umsetzung aus?

Bürger/innen gestalten den Haushaltsprozess mit, machen Vorschläge und geben Hinweise, die die Verwaltung berücksichtigt. Bei manchen wird der gesamte Haushalt zur Diskussion gestellt, bei anderen nur bestimmte Haushaltsbereiche (z.B. Zielgruppe junge Menschen). Manche Kommunen, die am Anfang dabei waren, haben wieder aufgegeben, andere kommen mit veränderten Verfahrensweisen dazu. Der aktuelle Trend geht inzwischen dahin, dass ein festgelegter Betrag zur Verfügung gestellt wird.

Verschiedene Beispiele

In Stuttgart können sich seit 2011 alle Stuttgarterinnen und Stuttgarter an der Planung des städtischen Haushalts beteiligen. Gefragt sind Ideen, die die Einnahmen verbessern, Geld sparen oder Ausgaben sinnvoll einsetzen. Die bestbewerteten Vorschläge werden von den Fachämtern geprüft. Der Gemeinderat entscheidet schließlich, welche Vorschläge umgesetzt werden. Die Ergebnisse dieser Entscheidungen werden auf einer Internetplattform unter dem jeweiligen Vorschlag dargestellt. Begleitet wird dieser Prozess von einem bürgerinitiierten Arbeitskreis. Von

vielen Beteiligten wird die Offenheit der Verwaltung gelobt, viele der Vorschläge werden in den nächsten Haushalt aufgenommen.

In Eberswalde, Brandenburg, gliedert die Stadt 100 000 Euro aus dem Haushalt für diesen Zweck aus. Bürger/innen können Anträge für bestimmte Projekte stellen, die jedoch 15 000 Euro nicht übersteigen dürfen. Die Verwaltung prüft zunächst die Rahmenbedingungen (kann die Budgetsumme eingehalten werden, handelt es sich überhaupt um eine Maßnahme, die von der Stadt umgesetzt werden kann, ist die einreichende Person Bürger/in der Stadt). Dann werden diese Vorschläge „am Tag der Entscheidung“ öffentlich in einer Bürgerversammlung zur Abstimmung gestellt.

In Mannheim bekommt der Beteiligungshaushalt 2020/2021 eine neue konzeptionelle Ausrichtung. Bereits 2015 bestand die Möglichkeit der Beteiligung, die jetzt in modifizierter Form zum zweiten Mal durchgeführt wird. Auch hier werden nun finanzielle Mittel zur Umsetzung der Vorschläge zur Verfügung gestellt. 500.000 Euro ermöglichen auch „großen“ Ideen eine Chance auf Realisierung, die an die 17 Nachhaltigkeitsziele der UN gekoppelt sein müssen. Es wird hierfür einen verstärkten „Wettstreit der Ideen“ geben. Der Beteiligungshaushalt wird parallel zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2019 durchgeführt. Am Ende des Verfahrens wird hier allerdings der Gemeinderat und nicht wie in Eberswalde die gesamte Bürgerschaft, die TOP 10 der Ideen in den Etatberatungen im Dezember 2019 beraten und beschließen.

Was bedeuten solche Verfahren für die Demokratie?

Es ist klar – Demokratie muss weiterentwickelt werden. Entscheidungen sollen nicht ausschließlich den gewählten Gremien überlassen werden. Solche direkten Beteiligungsformen setzen einen Bewusstseinswandel nicht nur bei den politisch Verantwortlichen voraus. Auch wir Bürger/innen sind gefordert: weg vom Servicegedanken, hin zum partnerschaftlichen Dialog. Das macht Politik transparenter und besser nachvollziehbar.

ABER – gelingt es dadurch tatsächlich mehr Menschen zum Mitmachen zu ermuntern?

Petra Böhnke von der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaft der Universität Hamburg sieht das skeptisch. Die Vielfalt der Beteiligungsformen habe sich zwar erhöht, aber der Nutzerkreis kaum. Gerade

Menschen aus den unteren sozialen Schichten werden durch diese Beteiligungsformen noch weiter abgehängt – Redegewandtheit, Verhandlungsgeschick, strategisches Denken sind gefordert, wenn ich selbst meine Forderungen vortragen und durchsetzen will. Ganz zu schweigen davon, dass es auch finanzieller Mittel bedarf, um für mein Anliegen zu werben.

Ob Bürgerbeteiligung am Haushalt oder Volkstent-scheid – die prozentuale Beteiligung liegt immer weit unter der von Wahlen. Es müssen also Wege gefunden werden, die gerade Menschen ansprechen, die sich bisher nicht am politischen Geschehen beteiligt haben. Dass bundesweit politische Bildung in den Schulen zurückgefahren wird, ist ein Fehler, der dringend korrigiert werden muss. Auch für die politische Bildung gilt das Prinzip des lebenslangen Lernens.

Heinrich Schneider vom Stuttgarter Arbeitskreis schlägt vor, dass Multiplikator/innen ausgebildet werden sollen, die dann in den Stadtteilen bei Kirchen,

Schulen und Vereinen für diese politische Beteiligung werben. Und vielleicht können wir nicht nur in Sachen Bürgerhaushalt von der 3. Welt lernen.

Augusto Boal hat in den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts, ebenfalls in Brasilien, die Methode des „Theaters der Unterdrückten“ entwickelt. Es kombiniert Kunst und Selbsterfahrung mit politischem Pro-behandeln und bietet damit viele Möglichkeiten der Aktivierung von im Alltag oft unterdrückten oder vernachlässigten sozialen und kommunikativen Ressourcen von Menschen.

Mehr Demokratie wagen – dieser wunderschöne Satz von Willy Brandt, bedeutet übersetzt auf unsere Zeit sicher nicht nur neue Beteiligungsformen zu finden, sondern auch neue Formen, Menschen dazu zu ver-helfen, ihre Interessen zu artikulieren und sich Gehör zu verschaffen.

Hildegard Klenk

Rechte älterer Menschen

Menschenrechte sind in Verfassungen und internationalen Verträgen sowie Gesetzen niedergelegt und garantiert. Über allen steht die allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948. Sie gilt für alle Menschen gleichermaßen, also auch für die älteren Menschen, und schützt unsere Freiheit. Allerdings werden immer wieder ungleiche Behandlungen von Menschen deutlich und müssen in besonderen Menschenrechtskonventionen bearbeitet werden: Menschen mit Behinderungen, auch Frauen und Kinder sind besonders geschützt.

Derzeit wird verstärkt diskutiert, ob ältere Menschen weltweit ausreichend vor Diskriminierungen geschützt sind und nicht eine gesonderte Menschenrechtskonvention über die Rechte älterer Menschen notwendig ist. Ältere Menschen sind überall spezifischen Bedrohungen ausgesetzt; z.B. in der Alterssicherung (Chronische Armut, Zugang zu Grundsicherung,

Renten, Nahrungsmittel) bei Gesundheitsversorgung und Pflege (ärztliche Versorgung vor Ort, kassenärztliche Versorgung), bei Bildung, Schutz vor Gewalt und Betrug usw.

Bei der Überprüfung der Menschenrechtslage durch die UN bezogen sich nur 0,145 Prozent der Empfehlungen des Menschenrechtsrates auf ältere Menschen. Dies bestärkt den Verdacht, dass diese noch immer ziemlich unsichtbar sind, obwohl ihre Zahl un-entwegt steigt.

In Deutschland befürwortet eine Mehrheit der Bürger/innen eine Erweiterung des Grundgesetzes in Art. 3 Abs.3 S.1 GG um den Schutz vor Diskriminierung wegen des Lebensalters (nach einer Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes). Das allgemeine Gleichbehandlungsgesetz führt anders als das Grundgesetz das Alter als Benachteiligungstatbestand auf.

AR

Kurz notiert

Korrektur zu den Eugen-Rombach-Tagen

Diese finden von **Mittwoch**, den 2. Oktober 2019 bis **Freitag**, den 4. Oktober 2019 in Gültstein statt. Es waren im AR 2 versehentlich die falschen Wochentage genannt.

Anmeldung ab 4.9.2019, 9 Uhr bis 13.09.2019 unter www.gew-bw.de/e-r-t

Veranstaltungsangebot des Fachbereichs Seniorenpolitik

Den Vertreter/innen der Senior/innen in den Kreisen bietet der Fachbereich Seniorenpolitik Themen an, die sich mit den wichtigen Sachthemen der Seniorenpolitik in BW und Deutschland beschäftigen: Die Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf ältere Menschen; der gewerkschaftliche Blick auf die Herausforderungen von heute, wie Gesundheitsversorgung und Rente und Versorgung, das Recht auf Mitwirkung und Mitgestaltung und die Unterstützung durch gute Rahmenbedingungen vor Ort.

Rückblick auf das Maimeeting 2019

Das Maimeeting war 2019 zum 20sten Mal ein Treffpunkt in Bad Orb von GEW-Mitgliedern jeden Alters aus der ganzen Bundesrepublik. Die Teilnehmer/innen aus Baden-Württemberg waren in den verschiedenen Workshops gut vertreten. Besonders viele Kolleginnen und Kollegen aus BW besuchten den Workshop mit dem Titel: „Das Ende der Demokratie, wie wir sie kennen – Über den notwendigen Wandel von Beteiligungskulturen und Solidarität“. (siehe auch den Beitrag von Hildegard Klenk).

AR



Seniorinnen- und seniorenpolitische Fachtagung der GEW

Er begann mit guten Nachrichten: „Ältere sind heute gesünder, gebildeter und aktiver denn je“, bilanzierte Sven-Olaf Obst vom Bundesseniorenministerium (BMBFSF) zum Auftakt der sechsten bundesweiten Fachtagung der GEW. Rund 100 Kolleginnen und Kollegen (davon sieben aus Baden-Württemberg) waren Gäste am Müggelsee in Berlin und diskutierten mit bei den Schwerpunkten der Fachtagung. Die Vorträge konzentrieren sich darauf, wie Ältere in der Gesellschaft mitgestalten und sich engagieren. Denn es gibt weiterhin soziale Ungleichheiten. Darauf wies mit Daten und Fakten aus dem 7. Altenbericht die Wissenschaftlerin Susanne Kümpers, Mitglied der 7. Altenberichtscommission, hin: Ungleichheiten, die besonders Frauen betreffen. Der zweite Tag der Fachtagung drehte sich um die Rente. Silvia Dünn von der Deutschen Rentenversicherung erläuterte die Grundprinzipien der Rente, die sich von denen der Pension deutlich unterscheiden. Prof. Gerhard Bäcker machte mehrere Vorschläge zur Sicherung der Rente und betonte, dass die laufende Anpassung des Alterseinkommens zur Vermeidung der Altersarmut dringend notwendig sei. Die Teilnehmer/innen diskutierten in der abschließenden Podiumsrunde intensiv nicht nur die finanzielle Absicherung, sondern wie eine echte Teilhabe der älteren Menschen konkret umzusetzen ist. Dabei zeichneten sich die zunehmende Digitalisierung und ihre Auswirkungen auf ältere Menschen als vordringliches Problem ab. Dringend notwendig ist eine bessere Vernetzung, auch in den sozialen Medien. Hier ist jede/r einzelne gefragt.

AR



Foto: Yunck

Pflegegeld für Angehörige

In einem Forschungsprojekt der Universität Köln wird von 89 Prozent der in einer Online-Umfrage Befragten befürwortet, dass ein „Pflegegeld“ als Lohnersatz (wie beim Elterngeld) für Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, eingeführt wird. Auch professionelle Unterstützung der Pflegenden halten 67 Prozent der Befragten für wichtig. Bisher können berufstätige Pflegenden nur ein zinsloses staatliches Darlehen auf Antrag beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben erhalten.

Auch die BAGSO (Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen) unterstützt die Forderung nach Pflegegeld wie Elterngeld: „Pflegenden Angehörigen muss – so wie Eltern – ein Anspruch auf Lohnersatzleistung zustehen, wenn sie ihre Arbeitszeit reduzieren oder vorübergehend unterbrechen. Dieser Anspruch soll ab Pflegegrad 2 gelten und sich auf einen Zeitraum von bis zu 36 Monaten erstrecken.“

AR

Wer durchsucht wen?

Drittes Seminar zu Umgang mit dem Internet: „Suchmaschinen – Findemaschinen/ Auf der Suche nach dem Wissen im Internet und die Preisgabe persönlicher Daten“ mit den beiden Referenten Erich Katterfeld und Bernhard Eisele im Löchnerhaus auf der Reichenau

Die hohe Zahl der Anmeldungen zeigt, dass das Interesse sehr groß ist, sich kritisch mit den Möglichkeiten auseinander zu setzen, möglichst wenig seiner Daten preiszugeben. Und darauf legten die Referenten auch das Gewicht: Nicht nur der Nutzer sucht, sondern in viel größerem Maße wird er/sie selbst zum Durchsuchten. Sie zeigten anschaulich, dass aus tausenden von Einzelinformationen, die bei der Benutzung des Internets preisgegeben werden, individuelle Profile des Nutzers entstehen, die dann verkauft und hauptsächlich für Werbezwecke verwendet werden. In der Folge wurden unterschiedliche Möglichkeiten aufgezeigt, wie sich jede/r schützen kann: Wie sollte z.B. ein sicheres Passwort aussehen (vier unterschiedliche Zeichensysteme verwenden, zwölf Zeichen lang), wie lassen sich Cookies löschen, so dass meine Wege nicht mehr verfolgt werden können, wie verschlüssele ich E-Mails, welche Suchmaschinen außer den allseits bekannten gibt es, die nicht kommerzgent

sind und meine Anfrage zielgerichteter beantworten? Es war ein kompaktes Programm mit vielen praktischen Übungen, das die Teilnehmer/innen forderte. Die Heterogenität der Gruppe und die unterschiedlichen Geräte der einzelnen verlangte auch den Referenten vieles ab, da sie immer zu Hilfe eilten, wenn sich jemand im Dschungel des Betriebssystems oder des Internets verirrt. Sehr hilfreich war, dass sich alle das Programm mit den gesamten Folien, die Erich Katterfeld und Bernhard Eisele erstellt hatten, herunterladen konnten. So kann jede/r zu Hause nach – und weiterarbeiten, eine Hausaufgabe, die unbedingt erledigt werden sollte, denn, so nach einem Ausspruch der Referenten: „Seine Haustür lässt man ja auch nicht unverschlossen.“

Isabell Kuchta-Papp



GEW-Traumreisen 2020: Azoren, Albanien, Irland

Nur noch wenige Restplätze:

- Beeindruckende Extreme in Albanien 23. April bis 3. Mai und 21. bis 31. Mai 2020 zusammen mit Kollegin Hildegard Klenk und albanischen Gewerkschaftskolleg/innen.
- Traumreise Azoren zu fünf Inseln 16. bis 25. Juni 2020.
- Irlands wilder Westen 4. bis 12. August 2020. Info: www.teufel-online.eu/Azoren2020.pdf bzw. .../Albanien2020.pdf oder .../Irland2020.pdf und Telefon J. Teufel: 07034/653675.

Zum Tod von Otto Samenfink

// Die GEW im Kreis Freiburg und Bezirk Südbaden trauert um Otto Samenfink, der am 07.04.2019 nach einem arbeitsreichen und erfüllten Leben im Alter von 92 Jahren gestorben ist. //



Er hat auch im hohen Alter mit großem Interesse an unseren Veranstaltungen der Mitglieder im Ruhestand teilgenommen.

Während seines beruflichen Werdeganges hat er sich vielerlei Verdienste erworben: als Lehrer, Schulleiter, Schulrat, später als Schulamtsdirektor am Staatlichen Schulamt Freiburg. Immer wurde er in seiner Arbeit vor allem als Kollege wahrgenommen.

Im Januar 1947 trat Otto Samenfink den Schuldienst in St. Peter im Schwarzwald in einer sogenannten Hirtenschule an. Sein GEW – Mitgliedsausweis stammt aus dem Jahr 1948!

Jahrzehntelang hat er sich in verschiedenen Funktionen in der GEW, im VBLL, im Personalrat der Lehrer/innen und in der AWO eingesetzt. Nach seinem Dienstende war er jahrelang Vorsitzender im Bereich Freiburg für die Personenfachgruppe Mitglieder im Ruhestand.

Seiner Initiative ist es zu verdanken, dass die Mitglieder im Ruhestand der GEW Kreis Freiburg bei der AWO im Emmi-See-Heim tagen können. Vor nicht allzu langer Zeit haben wir hier noch seinen 90sten Geburtstag unter dem Motto: „Die GEW wird 60 und Otto Samenfink 90“ gefeiert.

Otto Samenfink hat immer wieder daran erinnert, dass der erste GEW-Vorsitzende Max Träger 1948 bei der Gründung der GEW Südbaden dazu aufgerufen hat, sich nach den Schrecknissen der Nazizeit nicht erneut standespolitisch oder berufsständisch zu organisieren, sondern sich dem Deutschen Gewerkschaftsbund und damit jener Arbeitnehmer-Organisation anzuschließen, in der auch die Eltern unserer Schulkinder vereint sind. Das gilt auch unter den heutigen in vielerlei Hinsicht veränderten gesellschaftlichen Umständen.

Er mahnte, „dass die heutige Lehrer-Generation nicht vergessen darf, dass ihr heute erreichter Status nur durch Geschlossenheit und Solidarität erkämpft werden konnte und keineswegs gesichert ist“.

Die GEW auf den verschiedenen Organisationsebenen und die Mitglieder der GEW vor Ort haben ihm viel zu verdanken, wenn man an die vielen Funktionen denkt, in denen er mitgewirkt hat. Wir danken ihm, dass er da war, dass er mitdachte und mitgestaltete.

Otto Samenfink hat sich um die GEW verdient gemacht. Wir werden ihn vermissen.

Karl-Heinz Winkler, Bert Färber

Sabine Bode, Nachkriegskinder

Nachdem Sabine Bode in ihrem bedeutsamen Buch „Die vergessene Generation - Die Kriegskinder brechen ihr Schweigen“ – aufgezeigt hat, dass das unverarbeitete Leid der Kriegskinder noch heute eine große gesellschaftliche Aufgabe darstellt, greift sie nun in „Nachkriegskinder“ die Generation der zwischen 1946 und 1960 Geborenen auf. Deren Eltern haben als Erwachsene den Krieg durchlebt, die Väter meist als Kriegsteilnehmer. Die Kinder dieser Jahrgänge, nun schon im Rentenalter, ziehen Lebensbilanz, beschäftigen sich mit ihrer Kindheit und Jugend, hinterfragen, was sie in der Nachkriegsgesellschaft geprägt hat und suchen ihr nebelhaftes Wissen über die Rolle des Soldatenvaters aufzuklären.

Die Nachkriegskinder erlebten einen Neubeginn, die Zeit des Wirtschaftswunders, in der es, trotz aller Neuanfänge, streng und borniert zugeht. In biografischen Geschichten und Interviews nähert sich die Autorin den Problemen von Nachkriegskindern und deren Beziehung zu ihren Eltern. Sie führt deutlich vor Augen, wie das Schweigen der Eltern über ihre Rolle im Krieg die Kinder belastete, ohne dass diese dies fassen oder es als Grund für die Beziehungsstörungen erkennen konnten. Durch die direkte Fortsetzung der rigiden Erziehungsmethoden aus den Jahren vor 1945 in einer veränderten Zeit, fanden die Kinder kaum Halt und Orientierung. Sie wuchsen in Unsicherheit auf ob der Rolle ihres Vaters im Krieg, da die Väter zwar – meist auf drängendes Fragen und ungern – aus den Kriegsjahren erzählten, doch sich durchgängig eher als Opfer in Kriegsgefangenschaft darstellten, denn als Kriegsteilnehmer oder als Mitwirkende in einer kriegswichtigen Position. Dadurch entstand ein verzerrtes Bild, so dass die Kinder ihre Väter nicht verorten konnten. Unsicherheit und Misstrauen lastete auf ihnen, meist vor dem Hintergrund offensichtlich liebender Eltern, die ihre Liebe aber oft mit Härte und niedermachender Strenge zeigten. Um frei atmen zu können, mussten die jungen Menschen aus den rigide erziehenden und vom Verschweigen geprägten Familienstrukturen ausbrechen und ihre Not und Bedrängnisse herausschreien. Sie fanden sich in den 68ern in Rebellion gegen die Kriegsgeneration zusammen und konnten dem Wunsch nach anderer, freierer Bildung und echter Demokratie Ausdruck geben und fordern, das Schweigen über Taten und Täter zu brechen. „Bloß nicht werden wie meine Eltern“ war das Credo.

Was die 68er als junge Menschen noch nicht wussten, sehen wir heute nach vielen Jahren psychologischer und psychotherapeutischer Erfahrung und Forschung in verändertem Licht: Die Kriegsgeneration litt unter einem unausgesprochenen Trauma, das sie unbeabsichtigt an die nächste Generation weitergab.

Mit dem Kriegsende waren die Soldatenväter aus ihrer alten Rolle herauskatapultiert worden und haben keine tragfähige individuelle Rolle in der neuen Zeit gefunden. Die Folgen beschäftigen die Autorin auch deshalb, weil die meisten verantwortungsvollen Positionen im Lande mit Menschen der 1950er Geburtsjahrgänge besetzt sind. (Erscheinungsjahr des Buches 2011).

„Können Menschen, die von ihren Vätern nur abgewertet wurden, Orientierung geben und Maßstäbe setzen?“ (S. 289). Es sei an der Zeit, so Bode, vor dem Hintergrund des Erbes der Soldatenväter über Führungsschwäche nachzudenken. Eine Forschungslücke wäre hier noch zu schließen.

„In diesem Buch haben Menschen beschrieben, wie das Aufräumen im eigenen Keller sie entlastete, manchmal sogar befreite. Daher bin ich davon überzeugt: Das individuelle Ordnung machen wird in der Summe auch in unserer Gesellschaft heilsam wirken.“ (S.290).

Der Autorin gelingt es, wie in o.g. Zitat ausgedrückt, dem/der Leser/in der Nachkriegsgeneration zu vermitteln, dass das heutige Nachfragen nach der Rolle der Eltern im Krieg und den prägenden Erfahrungen der 68er vor diesem psychologischen Hintergrund in vielem verändert, ergänzend oder sogar in neuen Zusammenhängen gedacht und erklärt werden muss. Das Buch warf auch bei mir als Betroffene der Nachkriegsgeneration Fragen auf, die ich mir so nie gestellt hatte. Aus dem neuen Blickwinkel heraus fand ich zu klareren Antworten. Es ist ein gut zu lesendes Buch mit ausführlich zu Wort kommenden und überzeugenden Zeitzeugen. Es macht neugierig auch auf die anderen journalistischen Beiträge von Sabine Bode, z.B. „Kriegsenkel“ und „Kriegsspuren – die deutsche Krankheit German Angst“.

Beatrix Boestel

**Sabine Bode,
Nachkriegskinder – Die 1950er Jahrgänge
und ihre Soldatenväter
Klett-Cotta, 11. Auflage 2018, € 9,95**

Die neue Alters- und Alternskultur

// Prof. Hans-Werner Wahl, Seniorprofessor der Universität Heidelberg, sprach über die neue Psychologie des Alterns, Hauptthema des GEW-Fachtags am 27. Mai in Karlsruhe. Er war bis 2017 Leiter der Abteilung für Psychologische Altersforschung am Psychologischen Institut und ist Direktor des Netzwerks Altersforschung der Universität Heidelberg. //

Alt werden und jung bleiben.

Das Älterwerden hat sich in den zurückliegenden 50 bis 70 Jahren massiv verändert. „Die heutigen Älteren haben nichts, aber auch gar nichts mehr zu tun mit jenen der 1970er Jahre“, so Wahl. Das Altern findet in der öffentlichen Diskussion so viel Aufmerksamkeit wie noch nie, was sich u.a. daran zeigt, dass sich viele Prominente dazu äußern und sich zu ihrem Alter bekennen, dass Literatur, Film und Medien sich nicht nur mit Pflege, sondern vor allem mit Themen wie Demenz, Partnerschaft und Sexualität im Alter und neuen Wohnformen befassen.

Fest steht: Wir haben eine lange und sichere Lebenserwartung. Älterwerden heute spiegelt mannigfaltig unterschiedlich ausgeprägte Formen des Lebens in einer eigenen Phase mit neuen Möglichkeiten und Chancen. Die Menschen altern gesünder und „jünger“ als jemals zuvor, z.B. sehen sie im älteren Alter heute jünger aus als noch vor 70 Jahren. Ältere bereichern als Konsumenten die Marktwirtschaft sowie die Kultur insgesamt z.B. durch Freiwilligenarbeit, Migrationsprojekte, als Expert/innen, bei Betreuungen, als Genießer/innen, als Groß- und Urgroßeltern und vieles mehr. War das Altersbild bislang eher von Ideen des Abbaus bestimmt, so stehen diese Sichtweisen heute auf dem Prüfstand; denn die praktisch längste Lebensphase, verglichen mit allen anderen (Kindheit, Jugend, mittlere Jugend, etc., jede etwa 15 bis 20 Jahre lang), dauert mittlerweile 30 bis 35 Jahre und wird zunehmend länger. Wir altern heute anders und stehen dabei vor neuen Herausforderungen, wie diese Phase individuell sowie gesellschaftlich am besten gestaltet werden kann.

Hier setzt die neue Alternspsychologie an. Sie befasst sich mit dem Verhalten und Erleben des alternden Menschen, beschreibt und erklärt deren Erscheinungen und Veränderungen und bringt ihre Erkenntnisse in die gesellschaftliche Diskussion ein. Ziel: Aktive

Mitgestaltung und Teilhabe der Älteren in der Gesellschaft unter Berücksichtigung ihrer besonderen Stärken und Einschränkungen.

Wahl kann nachweisen (alle seine Aussagen im Vortrag unterlegt er statistisch), dass Altern „im Kopf“ beginnt; denn Alterssichtweisen (z.B. ‚Sie sind jetzt halt alt, da kann man nicht mehr springen wie ein Reh!‘ oder ‚Wie geht es uns denn heute?‘) wirken sich zentral auf kognitive Leistungen und Wohlbefinden aus. Positive Altersstereotype sind schwer zu etablieren, während negative sehr leicht auszulösen sind, da sie schon in früher Kindheit übernommen werden. Negative Altersbilder wirken demotivierend und einschränkend. Sensibler Umgang mit negativen Alterszuschreibungen wäre nötig, da unsere subjektiven Altersbewertungen unser Wohlbefinden und die körperliche und kognitive Funktionsfähigkeit mit beeinflussen und damit die Lebenslänge.

Psychisches Altern: nicht nur Verlust, sondern auch Gewinn

In dem Maße wie gewisse Alltagskompetenzen verloren gehen, verstehen es die Alternden oft durch Selektion, Kompensation und Optimierung in ihren Alltagsverrichtungen diese auszugleichen, zu Stabilität zu gelangen und bewahren so ein hohes Wohlbefinden. Insgesamt gelingt es älteren Menschen nachweislich gut ihr kognitives und emotionales Wohlbefinden stabil zu halten, auch können sie mit negativer Emotionalität besser umgehen als jüngere. Die Depressivität geht im Alter nicht deutlich nach oben.

Auch in den kognitiven Kompetenzen ist eine Zweiteilung des Älterwerdens zu beobachten: Der Verlust wird durch den Gewinn, nämlich Lebenserfahrung und Expertise ausgeglichen. Es wurde festgestellt, dass selbst die geistige Leistung der 93 bis 95-Jährigen zunehmend besser wird.

Die Familienbeziehungen bleiben im Mittel bis ins hohe Alter relativ stabil. Entgegen der gängigen Meinung ist Einsamkeit im höheren Alter nur etwas erhöht, bei 30 Prozent der 75-Jährigen. Sie ist ein Risikofaktor für Demenz.

Die Rolle des Wohnens wird oft unterschätzt, sie ist emotional bedeutsam. Lange Wohnzeit für Ältere an einem Ort ist typisch, bedeutet hohe Vertrautheit mit der Umgebung und ist wichtig fürs Gefühl. „Neue Wohnformen“ dagegen werden bisweilen nicht ernst genommen.

Mit neuen Technologien wachsen ein „neues“ Alter und eine neue Alternspsychologie heran. Die Digitalisierung in Pflege, Diagnostik und Behandlung, die Internetbezogenheit im Alltag (Bank, Einkauf), Formen des sozialen Austauschs und digitale Technologien primär für Ältere und pflegende Angehörige sind weit vorangeschritten. Die „Gero-Technologie“ wird das alltägliche Leben älterer Menschen und damit ihre Lebensqualität in Zukunft vielschichtig beeinflussen und verändern.

Gesundheit und Krankheit sind im Alter kaum zu trennen. Für ein befriedigendes und erfülltes Leben, das ja immer länger wird, ist die Bewahrung von Gesundheit ein Schlüsselkriterium. Gesund bleiben ist eines der individuell bedeutendsten Lebensziele. Das bedeutet auch, dass die Gestaltung des Alters bereits lange Jahre vor dem Altern beginnt durch eine ausgewogene körperliche und geistige Betätigung.

Für die Zukunft gilt: Wir leben immer länger, haben längere Phasen von behinderungsfreien Jahren, aber danach ein relativ langes Leben mit Beeinträchtigungen. Für manche Menschen ist das Wechselspiel mit dem Anstieg der Krankheiten und Funktionsverlusten das Alter schlechthin. Wahl findet das zu einfach gedacht, weil die Abgrenzung zwischen Alter und Krankheit vielschichtig ist; denn auch psychische Bewertungen spielen eine Rolle für das gesundheitliche Leben im Alter. Viele Ältere gestalten schon längst durch ihre Bewertungen und Einstellungen dem Älterwerden gegenüber ihr gesundheitliches Altern, zunehmend auch durch ihr Verhalten und die Inanspruchnahme hilfreicher Trainings.

Die Gestaltung des eigenen Alterns ist möglich.

Hierbei sind in allen Tätigkeiten und Lebensumständen Psyche, Körper und Geist gleich wichtig. Durch das Erkennen und Einsetzen der vorhandenen Potenziale werden ältere Menschen selbstbewusster und „selbstwirksamer“ werden. Sie werden noch mehr „Produktivität“ entfalten, wobei überlegt werden muss, wie diese gesellschaftlich wirksam eingebracht werden kann. Technologien und Digitalisierung werden Älterwerden deutlich verändern. Die Inter-Generationen-Beziehungen können intensiver und vielfältiger werden, immer vorausgesetzt, dass Altersdiskriminierung aktiv angegangen wird und ein positives Altersbild in unserer Gesellschaft zur Normalität wird.

Diese neue Alternspsychologie generiert einen Auftrag an die Gesellschaft und an alle, die in ihr etwas bewegen wollen wie z.B. auch die GEW. Es sollten Veranstaltungen angeboten werden, die Impulse setzen für die eigene Gestaltung des Alltags und die Möglichkeiten aufzeigen, zusammen für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensqualität etwas zu bewegen. Eine Zusammenarbeit mit den jüngeren Generationen mit dem Ziel, das Altersbild der Organisation zu verändern (GEW) und voneinander zu lernen, ist anzustreben.

In den Workshops des Fachtags gab es erste Anregungen: „Das Leben wird vorwärts gelebt und rückwärts verstanden“, so ein Zitat von Kierkegaard, das Robin Lohmann ihrem Workshop, „Was gestern war, hilft mir für morgen – Von der Kraft der Erinnerung“, vorstellte. Bärbel Rademacher zeigte in ihrem Workshop Wege zur Resilienz auf, die im Alter stark machen und individuelle Bewältigungsstrategien bei den Problemen des Älterwerdens sein können. Barbara Haas zeigte in ihrem Workshop Möglichkeiten gewerkschaftlichen Handelns anhand der weiterentwickelten „DGB-Eckpunkte der Seniorenpolitik“ auf.

Beatrix Boestel

Literaturtipp:

Hans-Werner Wahl, Die neue Psychologie des Alterns, Überraschende Erkenntnisse über unsere längste Lebensphase; Kösel

Beihilfe bei Krankenhausaufenthalt und Reha-Behandlung

// Tipps zur Vermeidung hoher Zuzahlungen bei Krankenhausaufenthalten //

Mein behandelnder Arzt empfiehlt mir einen Eingriff, eine Operation in einer bestimmten Klinik oder einem Krankenhaus mit großer Erfahrung und Erfolgen bei der geplanten Operation.

Ich prüfe vorher, ob ich mit dem Landesamt für Besoldung und Versorgung (LBV) Chefarztbehandlung und Unterkunft im Zweibettzimmer vereinbart habe. Dies kann ich meiner Gehaltsmitteilung entnehmen, dafür werden mir monatlich 22,- € vom Gehalt oder der Pension abgebucht. Eine nachträgliche Vereinbarung dieser Wahlleistungen ist leider nicht möglich.

Bei planbaren Krankenhausaufenthalten

Ist die Klinik/das Krankenhaus nach § 108 Sozialgesetzbuch V (SGB V) zugelassen und mit einer Direktabrechnung mit dem LBV (Beihilfe) einverstanden? Ich muss dann nur eine Unterschrift für die Direktabrechnung mit dem LBV (Beihilfe) unterschreiben.

In diesem Fall werden in aller Regel keine weiteren Kosten zusätzlich anfallen.

Achtung: Die Klinik/das Krankenhaus verlangt weitere Unterschriften zu weiteren zusätzlichen Leistungen. Wird eine weitere Unterschrift zur Behandlung durch den Chefarzt/die Chefärzte verlangt, dann muss ich prüfen:

- Habe ich dies mit dem LBV (Beihilfe) vereinbart (ansonsten muss ich die Chefarztbehandlung privat selbst zuzahlen)?
- Ist die Chefarztbehandlung auf den Höchstsatz, den 3,5-fachen Satz beschränkt oder ist sie unbegrenzt? Ist sie nicht auf den 3,5-fachen Satz beschränkt, dann muss ich den darüber hinausgehenden Betrag privat selbst zuzahlen.

Zweibettzimmer

- Sollte die Klinik/das Krankenhaus nur mindestens Zweibettzimmer haben, so sollte ich keine zusätzliche Vereinbarung für die Benutzung des Zweibettzimmers unterschreiben.
- Hat die Klinik/das Krankenhaus die Wahlmöglich-

keit zwischen Mehrbettzimmern, Zweibettzimmern und Einbettzimmern und ich habe keine Vereinbarung mit dem LBV (Beihilfe), so muss ich bei Zweibettzimmern oder Einbettzimmern die Mehrkosten selbst bezahlen.

- Bei Unterschriften zu weiteren sonstigen Behandlungen sind ggf. die Mehrkosten selbst zu bezahlen.

In allen Zweifelsfällen vorher mit dem LBV (Beihilfe) schriftlich (zumindest per E-Mail) abklären, ob die Kosten und wenn ja, in welcher Höhe übernommen werden. Mündliche Auskünfte sind nicht verbindlich.

Bei unplanbaren Klinik- oder Krankenhausaufenthalten

Kommunale, staatliche, kirchliche und gemeinnützige (z.B. Robert Bosch Stiftung) Krankenhäuser sind in aller Regel nach § 108 SGB V zugelassen und unkritisch.

Aber auch hier sollte ich nach der Einlieferung ins Krankenhaus möglichst nur die Direktabrechnung mit der Krankenkasse und dem LBV (Beihilfe) unterschreiben.

Chefarztbehandlung und Zweibettzimmer sollte ich nur dann unterschreiben, wenn ich es mit dem LBV (Beihilfe) vereinbart habe (ansonsten muss ich die Kosten selbst tragen).

Anlage: Direktabrechnung der Klinik/Krankenhaus mit dem LBV (Beihilfe) Formblatt 302 a

Kuren und Reha-Behandlungen

Da Kuren insbesondere zur Erhaltung der Arbeitskraft dienen, werden die Kosten im Ruhestand vom LBV (Beihilfe) nicht mehr übernommen.

Reha-Behandlungen werden bei medizinischer Notwendigkeit weiterhin übernommen:

Bei Beamtinnen/Beamten durch die private Krankenversicherung und das LBV (Beihilfe)

Bei Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer durch die gesetzliche Krankenversicherung und den Rentenversicherungsträger (Deutsche Rentenversicherung)

Reha-Einrichtungen können grundsätzlich nach zwei verschiedenen Modellen abrechnen:

1. Es wird vom LBV (Beihilfe) der niedrigste Tagessatz für Unterkunft, Verpflegung und Pflege bzw. Pauschalsatz übernommen.
2. Bei einer Pauschalabrechnung – die Abrechnung enthält neben den Sätzen für Unterkunft, Pflege und Verpflegung auch die Arztleistungen und die Arzneimittel – hier sind maximal 200,-€ pro Tag beihilfefähig.

Vorgehen:

- Vom Haus- oder Facharzt lasse ich das Formblatt 353 über die Notwendigkeit der Reha-Behandlung ausfüllen.
- Von der Rehaeinrichtung lasse ich das Formblatt 352 über den niedrigsten Tagessatz bzw. Pauschalsatz ausfüllen.
- Beide ausgefüllte Formblätter reiche ich beim LBV (Beihilfe) ein.
- Nach der Genehmigung durch das LBV (Beihilfe) fülle ich das Formblatt „Direktabrechnung Reha-Behandlung mit dem LBV (Beihilfe)“ aus und übergebe es der Rehaeinrichtung.

Vor einer Reha-Maßnahme vorher und schriftlich abklären:

- Welche Sätze für Arztleistungen, Behandlungen, Anwendungen, Unterkunft und Verpflegung berechnet die gewünschte Reha-Einrichtung?
- Wer übernimmt welche Kosten und in welcher Höhe?

Weitere wichtige Hinweise:

Sowohl in Kliniken wie auch in Reha-Einrichtungen sind oft neue und wissenschaftlich nicht allgemein anerkannte Behandlungsmethoden von der Beihilfefähigkeit ausgeschlossen. In Zweifelsfällen unbedingt vorher beim LBV schriftlich anfragen, ob die geplante Therapie beihilfefähig ist.

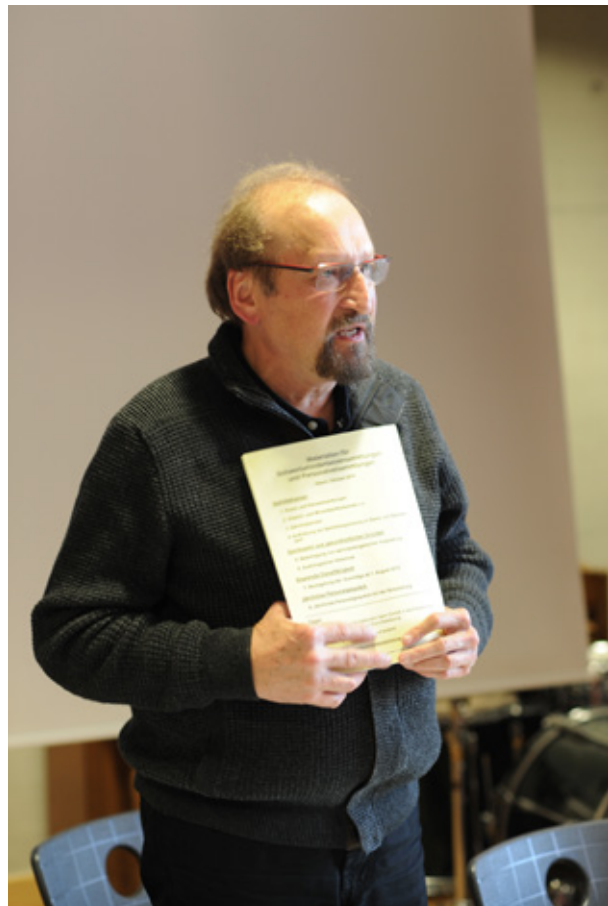
Da sich bei der Beihilfe ständig Veränderungen ergeben, bitte sich immer auf der Homepage des LBV vorher informieren. Dort ist die jeweils aktuelle Fassung eingestellt.

[https://lbv.landbw.de/service/fachliche-themen/be-
amte/beihilfe](https://lbv.landbw.de/service/fachliche-themen/be-
amte/beihilfe)

- Bescheinigung des Arztes über Notwendigkeit der Reha-Behandlung / Formblatt 353
- Bescheinigung Reha-Einrichtung über niedrigsten Tagessatz/Pauschalsatz/ Formblatt 352
- Direktabrechnung der Reha-Einrichtung mit der Beihilfe / Formblatt 302 b
- Erstattung der Fahrkosten Merkblatt 305e3

Alle Vordrucke als PDF unter:

<https://lbv.landbw.de/vordrucke>



Kurt Wiedemann

Stand: Juni 2019

Die Informationen wurden mit großer Sorgfalt erstellt.
Eine Haftung kann jedoch nicht übernommen werden.

Widerstand

// „...die sich in Wort, Schrift oder Tat dem absoluten Machtanspruch der Nazis widersetzen“ //

Seit dem 8. Mai 2019, dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus 1945, steht in Pforzheim in der Bahnhofstraße vor dem früheren Sitz der Gestapo eine Tafel zur Erinnerung an all die Menschen, „die zwischen 1933 und 1945 trotz aller Bedrohungen mutig Widerstand gegen das nationalsozialistische Unrechtsregime geleistet haben“.

Die Tafel ist ein Novum in der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik: Nicht Einzelne wie Claus von Stauffenberg, die Geschwister Scholl oder Georg Elser werden wie vielerorts gewürdigt, auch nicht herausragende oder als solche beurteilte Persönlichkeiten des Widerstands einer Gemeinde. Die Tafel ist verbunden mit einer interaktiven Datenbank, die alle widerständigen Menschen im Raum Pforzheim aufführt, von denen die Initiatoren bisher Kenntnis haben. Die Biografien enthalten ihre Geschichte mit Familie und Beruf, ihre Motivation, eventuell die Zugehörigkeit zu einer weltanschaulichen, politischen oder religiösen Gruppierung, oft auch ihre Zusammenarbeit mit Gleichgesinnten und - wenn möglich - ihr Gesicht. Durch die Verbindung der Tafel mit einer interaktiven Datenbank mittels eines QR-Codes ist ein innovatives Projekt für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit im Entstehen. Die im Aufbau begriffene Datenbank ist erreichbar unter: <https://www.pforzheim.de/stadt/stadtgeschichte/gedenken/widerstand-im-2-weltkrieg.html>

Die Initiatoren sind mit einer Ausnahme Rentner/innen, darunter ein eh. DGB-Kreisvorsitzender, ein Pfarrer, ein Mitglied der jüdischen Gemeinde und zwei frühere Lehrkräfte, seit Jahrzehnten GEW-Mitglieder, sowie ein aktiver Kulturschaffender.

Dass am 8.5.2019 über 800 Biografien vorlagen, ist in der aufwendigen Recherche begründet. Zur Forschung gehörte die Auswertung des Archivs der VVN (Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes) Pforzheim/Enzkreis, das der frühere Vorsitzende Wilhelm Künzler zur Verfügung gestellt hat. Weitere Angaben stammen aus Gesprächen mit dem ehemaligen SAP-Mitglied Karl Schroth bzw. aus dessen unveröffentlichten Schriften sowie aus Unterlagen, die Nachkommen zur Dokumentation überließen. Die Recherchen umfassten ebenfalls die staatliche Überlieferung, also den Bestand 507 des Generallandesarchivs Karlsruhe (Sondergericht Mannheim), das Gefangenenbuch des Gefängnisses Pforzheim (Bestand 509), Akten des Konzentrationslagers Kislau (Bestand

521), Wiedergutmachungsakten (Bestand 480) und Akten der Staatsanwaltschaft Pforzheim (Bestand 309). Die Akten sind unvollständig, es fehlen jeweils bis ein Drittel der Bestände. Die Datenbank zum Frauengefängnis Gotteszell im Staatsarchiv Ludwigsburg enthält im Bestand E 356 i z.B. nur einen Namen mit Pforzheim-Bezug, aber über 40 widerständige Frauen aus Pforzheim waren nachweisbar dort eingesperrt. Zu den über 800 Menschen gehören neben denen aus politischen, weltanschaulichen oder religiösen Gruppen die meist „vergessenen“ Zwangsarbeiter/innen, Kriegsgefangenen und Angehörigen von Résistance-Gruppen. Sie wurden bisher – wenn überhaupt erwähnt – als „Opfer“ wahrgenommen, nicht als Gegner/innen der Nazis ebenso wie die meist jungen Menschen, die sich gegen den Arbeitszwang der Nazis – in Pforzheim v.a. in der Rüstungsindustrie – wehrten.

Bei über 130 Arbeitsterminen im Generallandesarchiv waren ca. 1800 Einzelakten zu recherchieren und auszuwerten, um die Biografien erstellen zu können. Der Aufwand allein hierfür belief sich bis April 2019 auf mehr als 2 100 Stunden. Z.T. fehlen biografische Angaben, Akten sind noch gesperrt bzw. datenschutzrechtliche Belange zu berücksichtigen. Deswegen ist die Datenbank nicht abgeschlossen, sondern „work in progress“, die entsprechend dem Forschungsstand ergänzt bzw. verändert wird; Hinweise, Ergänzungen und Korrekturen werden eingearbeitet.

Noch offen ist die Sichtung der Bestände des Internationalen Suchdienstes (ITS) Arolsen, in denen über 2 600 Akten mit dem Stichwort „Pforzheim“ auf die Auswertung warten.



Karl Bühler

Karl Otto Bühler, Hauptlehrer in Pforzheim, Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Partei und Gegner der NSDAP, ab 1933 weiter gegen die Nazis aktiv, 1935 verhaftet, aus Mangel an Beweisen wieder freigelassen, 1937 strafversetzt nach Dietenhausen, 1938 erneut verhaftet, 1939 vom Volksgerichtshof wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt, Tod unter unbekanntem Umständen am 27.12.1942 im Zuchthaus Brandenburg/Havel (Foto: Karl Schroth)

Für den Forschungsstand gilt: Von vielen der widerständigen Menschen wissen wir nichts, da sie von den Nazis nicht entdeckt und somit nicht aktenkundig wurden. Dies betrifft wahrscheinlich v.a. Frauen, obwohl mit über 26 Prozent Frauenanteil zum ersten Mal dieser Aspekt mit Quellen belegt ist. Viele NS-Gegner/innen schwiegen nach 1945 oder wurden nicht gehört und im Zuge der antikommunistischen Ausrichtung der Politik der BRD waren ihre Erinnerungen auch nicht erwünscht. Der Anti-Nazi-Spion Hans Ferdinand Mayer schwieg selbst im Kreis der Familie bis 1977. Auf seinen Wunsch wurde seine Tätigkeit erst nach seinem und dem Tod seiner Frau 1989 veröffentlicht. In seiner Heimatstadt Pforzheim erschien erst 2012 ein Artikel zu seiner Widerstandstätigkeit. Die Initiatoren hoffen, dass auch in anderen Orten die widerständigen Menschen endlich wahrgenommen und gewürdigt werden. Sie stellen ihre Erfahrungen bei der Recherchearbeit gerne zur Verfügung.

Brigitte und Gerhard Brändle

PS:

Die Datenbank enthält Biografien von fünf Lehrkräften. Der Anteil der Menschen mit höherer Schulbildung bzw. Studium beträgt 4,5 Prozent.



Enthüllung

Enthüllung der Erinnerungstafel am 8. Mai 2019 in Pforzheim vor dem früheren Sitz der Gestapo an der Bahnhof-Straße - von links: Oberbürgermeister Peter Boch, die InitiatorInnen Gerhard Brändle, Brigitte Brändle, Frank Neubert, Jürgen Schroth und Andrew Hilkwitz – auf dem Foto fehlt der Mit-Initiator Hans Ade (Foto: Gerhard Ketterl, Pforzheimer Zeitung 9.5.2019)

Klimawandel?

*Diese weißen Streifen am Himmel
von den Flugzeugen. Wie schön
sie sich verweben, Schleier werden,
der unsere Sonne ganz zart umhüllt.*

*Die können doch nicht Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt.*

*Diese schwimmenden Kleinstädte,
die so zahlreich fröhliche Menschen
mit ein bisschen Schweröl in die
schönsten Küstenstädte schwemmen.*

*Die können doch nicht Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt.*

*Diese großräumigen Limousinen,
Dank geschönter Schadstoffwerte
Sehr Umweltfreundliche Vehikel,
die uns mit Staukomfort begeistern.*

*Die können doch nicht Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt.*

*Diese Auswahl und diese Vielfalt
an allem, was die Natur uns schenkt,
jederzeit zur Verfügung zu haben,
egal wo und wie dies alles wächst.*

*Das kann doch nicht Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt.*

*Dieses maßlose Kaufvergnügen, mit
dem wir Shopping Queens und Kings
uns stets das Neuste und Beste gönnen,
egal was und wieviel wir verbrauchen.*

*Das kann doch nicht Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt.*

*Dieses vernunftbegabte Wesen, das
sich in seiner unermesslichen Gier
alles nimmt, was zu nehmen ist, ohne
Gedanken an Umwelt und Nachwelt.*

*Das soll nun allein der Grund sein
dafür, dass sich das Klima wandelt?*

Harald Ley, GEW Saarland



www.gew-bw.de

Südd. Pädagogischer Verlag
Postvertriebsstück E 9307 F

Silcherstr. 7a, 70176 Stuttgart
DP AG Gebühr bezahlt